Politik

Mehrheit der Palästinenser für Messerattacken

Umfrage zur dritten Intifada erschüttert Friedenshoffnung

VON INGE GÜNTHER

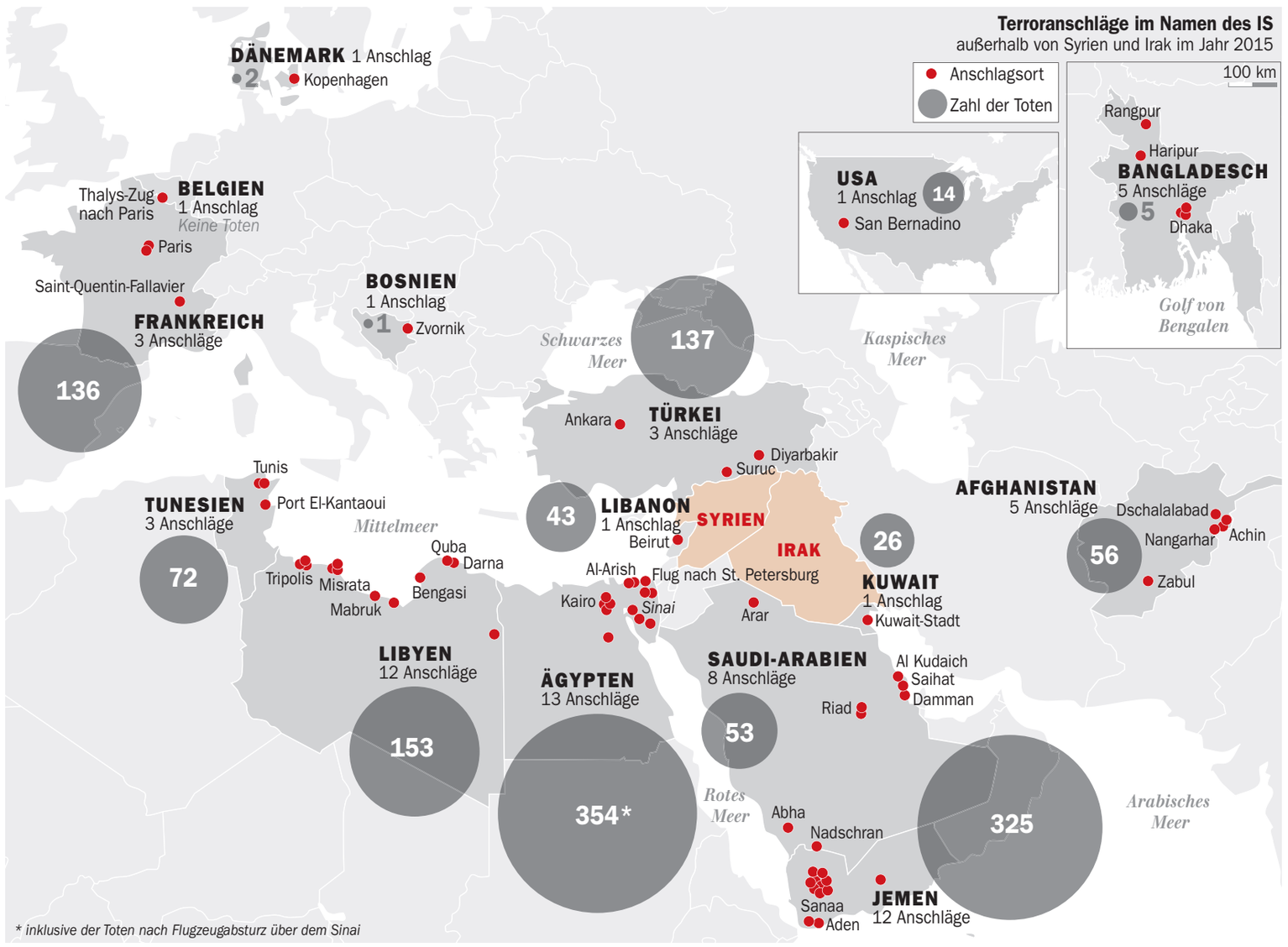
JERUSALEM. Die Ladung Puppen, die der israelische Zoll vorige Woche im Hafen von Haifa beschlagnahmen ließ, hatte mit harmlosem Spielzeug wenig gemein. In den Kartons steckten 4 000 Stoffpuppen, gestaltet als Straßenkämpfer mit einem Stein in der hochgereckten Faust, vermummt mit dem Arafat-Tuch. Die Lieferung stammte aus den Arabischen Emiraten und war für die palästinensischen Gebiete bestimmt. Kein Zweifel, dass die Puppen dort reißenden Absatz gefunden hätten. Die seit bald drei Monaten anhaltende Gewaltwelle wird von den Palästinensern mehrheitlich unterstützt.

Die jüngste Umfrage des renommierten Meinungsforschers Khalil Shikaki ergab, dass zwei Drittel der Palästinenser Messerattacken in der aktuellen Konfrontation mit Israel befürworten. 66 Prozent halten eine Rückkehr zur bewaffneten Intifada für effektiver als Verhandlungen, um nationale Interessen durchzusetzen. Für alle, die noch auf einen Friedensprozess hoffen, sind die Umfrageergebnisse aus Palästina niederschmetternd. Eine Mehrheit von 65 Prozent hält die Zwei-Staaten-Lösung infolge des israelischen Siedlungsbaus für nicht mehr praktikabel. Das schlägt sich auch in den abgestürzten Popularitätswerten von Palästinenser-Führer Mahmud Abbas nieder. Bei Wahlen hätte der 80-jährige Abbas keine Chance mehr gegen den früheren Hamas-Premier Ismael Hanija, ermittelte das von der Adenauer-Stiftung unterstützte „Palestinian Center for Policy and Survey“ in Ramallah.

Verständnis für Messerattacken

Abbas selbst, der bislang stets einen gewaltfreien Kurs vertrat, äußerte jetzt Verständnis für junge Palästinenser, die zum Messer griffen oder ihr Auto in israelische Menschenmengen rammten. Diese Generation sei schließlich täglich mit militärischen Straßensperren und aggressiven Siedlern konfrontiert.

Die Islamisten versuchen derweil, die bislang führerlose Intifada zu vereinnahmen. So propagierte dieser Tage Khaled Meschal, Exilchef der Hamas, nur der „Weg des Dschihad“ führe nach vorne. Im UN-Sicherheitsrat werde man niemals „zu unseren Rechten“ kommen, sondern allein durch Kampf. Doch die eigentliche Aufstachelung spielt sich in den virtuellen Netzwerken ab, wo Tipps für Messerattacken, blutige Videos aus dem Besatzungsalltag und militante Intifada-Songs kursieren. Unter ihrem Einfluss lassen sich offenbar vor allem labile Menschen manipulieren. Israelische Sicherheitskreise gehen davon aus, dass die meisten der seit Oktober gezählten rund 120 palästinensischen Angreifer nicht in erster Linie ideologisch motiviert waren. Nur zehn gehörten einer radikalen Organisation an, keiner handelte auf Befehl von oben.



BERLINER ZEITUNG/ISABELLA GALANTY; QUELLEN: REUTERS, AP, DPA, NEW YORK TIMES, DIE ZEIT, BERLINER ZEITUNG (EIGENE RECHERCHEN)

Die Karte des IS-Terrors

Außerhalb des Kerngebiets des Islamischen Staates in Syrien und im Irak ist die Terrorgruppe sowohl mit Ableger-Organisationen als auch mit vom IS inspirierten Einzelkämpfern aktiv. Bei deren Terroranschlägen wurden in diesem Jahr bereits in mindestens 14 Staaten Menschen getötet. Nach Recherchen der Berliner Zeitung sind dabei mindestens 1 377 Menschen sowie Hunderte Attentäter ums Leben gekommen. Während IS-Ableger umkämpfte Gebiete einnehmen und Regierungen stürzen wollen, geht es Einzelkämpfern eher um Angstmache und Radikalisierung der Bevölkerung. Jedes zehnte der IS-Opfer 2015 ist in Europa gestorben, die meisten bei den Attentaten in Paris. Zu 90 Prozent richtet sich der IS-Terror aber gegen Menschen in Asien und Afrika – meist schiitische Muslime, die nach Auffassung des IS einen falschen Islam vertreten. *(xnsm.)*

Saudi-Arabien schmiedet Antiterror-Allianz

34 islamische Staaten schließen sich unter Führung Riads zusammen. Bodentruppen nicht ausgeschlossen

VON MARTIN GEHLEN

Er ist um große Worte nicht verlegen. „Nicht nur den Islamischen Staat, jede Terrororganisation, die vor uns auftaucht, werden wir uns vorknöpfen“, brüstete sich Saudi-Arabiens Vizekronprinz Mohammed bin Salman. Überraschend zeigte sich der Verteidigungsminister am Dienstag vor der heimischen Presse und kündigte an, 34 Staaten hätten unter Führung von Saudi-Arabien eine islamische Allianz gegen den Terrorismus geschmiedet, „um diese Krankheit auszurotten, die die islamische Welt bereits geschädigt hat“. Bei den Einzelheiten dagegen blieb der forsche Königssohn vage. Nur so viel war aus dem Gründungsmanifest zu entnehmen: Die Koordinationszentrale wird in der saudischen Hauptstadt eingerichtet, alle Staaten sollen freiwillig entscheiden, was sie an Militärkapazitäten beisteuern, und die neue Koalition wird nicht in einem Land gegen dessen Willen intervenieren.

Etwas deutlicher als der Prinz wurde später der Außenminister Saudi-Arabiens, Adel al-Dschubeir. Er hält es für denkbar, dass die neue Allianz islamischer Staaten auch Bodentruppen gegen die Extremistenmiliz IS einsetzt. „Nichts ist ausgeschlossen“, sagte er. Ein solcher Schritt hänge von der Notwendigkeit und der Bereitschaft von Ländern ab, die Unterstützung bereitzustellen. Die neue Allianz werde beim Nachrichtenaustausch, bei der Ausbildung und Ausrüstung sowie notfalls auch bei der Entsendung von Streitkräften zusammenarbeiten.

Auch Mohammed bin Salman weiß, dass er dringend etwas tun muss, um das internationale Ansehen des Landes aufzupolieren und die eigene Bevölkerung zu beruhigen. Der von ihm im Jemen vom Zaun gebrochene Krieg entwickelt sich immer mehr zu einem humanitären und militärischen Desaster. In dem angerichteten Chaos konnte sich der sogenannte Islamische Staat (IS) erstmals fest etablieren. Selbst Washington, das bisher für Nachschub an Raketen und Bomben sorgte, hat die Nase voll von dem unkalkulierbaren Jemen-Krieg und setzte Friedensgespräche und eine Waffenruhe durch. Zugleich frustriert die Pentagonplaner, dass sich Riad aus dem internationalen Luftbündnis gegen den IS in Syrien und Irak zurückgezogen hat. Seit Monaten operieren seine Kampfjets nur noch über dem Jemen.

AP/HASAN JAMALI)

Ehrgeizig: Vizekronprinz Mohammed bin Salman.

Erst Anfang Dezember hatte der Bundesnachrichtendienst dem arabischen Verbündeten eine „impulsive Interventionspolitik“ bescheinigt, die die Stabilität der Golfregion gefährde, ein Urteil, was vor allem auf den 30-jährigen Verteidigungsminister gemünzt ist. Vizekanzler Sigmar Gabriel und andere westliche Politiker bezichtigen das Königreich, islamischen Extremismus zu exportieren.

Solche Vorwürfe will die saudische Führungsspitze nicht länger auf sich sitzen lassen. Auf der Teilnehmerliste der islamischen Antiterrorkoalition steht die Mehrzahl aller muslimischen Staaten, darunter auch Nigeria, Pakistan und Malaysia, nicht jedoch die Erzfeinde Iran, Irak, Syrien und Afghanistan.

Petersburg gegen Straßburg

Russland stellt Urteile zu Menschenrechten infrage

VON CHRISTIAN ESCH

MOSKAU. Am vergangenen Sonntag wurde in Moskau Georgi Satarow festgenommen, einer der Autoren der russischen Verfassung. Zwar nur für kurze Zeit, die Polizei wollte eine Kundgebung liberaler Kreml-Gegner zum offiziellen „Tag der Verfassung“ auseinandertreiben, an der Satarow teilgenommen hatte. Aber der Fall zeigt doch, wie weit sich die russische Wirklichkeit entfernt hat von dem, was Satarow und andere 1993 in die russische Verfassung schrieben.

Am Dienstag wurde die Kluft noch größer. Präsident Wladimir Putin hat mit seiner Unterschrift ein Gesetz bestätigt, wonach Urteile internationaler Organe in Menschenrechtsfragen für Russland faktisch nicht mehr bindend sind. Umgesetzt werden sie künftig erst, nachdem das russische Verfassungsgericht geklärt hat, ob sie mit der russischen Verfassung übereinstimmen.

Entscheidung eigentlich bindend

Auch wenn der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg nicht genannt ist – er ist die Institution, gegen die sich das neue Gesetz richtet. Seine Urteile sind für Russland als Unterzeichner der europäischen Menschenrechtskonvention und Europaratsmitglied bindend. Straßburg verhängte empfindliche Geldstrafen gegen den russischen Staat. Allein 1,9 Milliarden Euro ist die Entschädigung, die Aktionäre des enteigneten Yukos-Ölkonzerns von Michail Chodorkowski im Sommer 2014 in Straßburg erstritten.

Der Konflikt zwischen Petersburg (wo das Verfassungsgericht residiert) und Straßburg ist alt. Einen ersten Höhepunkt erreichte er 2011, als die Straßburger Richter zum ersten Mal unmittelbar ein Urteil der Petersburger Kollegen umstießen. Es ging um die Frage, ob Erziehungsurlaub in gleichem Maße Vätern wie Müttern zustehe.

Mit dem Yukos-Urteil und Russlands neuem außenpolitischen Kurs wuchs der Widerstand gegen Straßburger Direktiven. Duma-Abgeordnete ließen das Verfassungsgericht prüfen, ob sich die Ratifizierung der Europäischen Menschenrechtskonvention 1996 überhaupt mit der russischen Verfassung vereinen lasse. „In Ausnahmefällen“, so entschied das Gericht in diesem Juli, „kann Russland von der Umsetzung auferlegter Verpflichtungen absehen“. Dies treffe zu, wenn „ausschließlich auf diese Weise die Verletzung grundlegender Verfassungsprinzipien umgangen werden kann“.

Was das in der Praxis heißt, ist unklar. Zumal die Achtung internationaler Normen ausdrücklich in der russischen Verfassung selbst, in Artikel 15, festgeschrieben ist. Sicher ist, dass auf Russland allein schon durch die Krim-Annexion zahlreiche neue Beschwerden vor dem Europäischen Gerichtshof zukommen.